

Rechenschaftsbericht einhellig genehmigt

Interessante Ausführungen der Regierung bei der Beantwortung der Fragen zum Rechenschaftsbericht

Der 356 Seiten umfassende Rechenschaftsbericht 1999 der Regierung wurde von den Abgeordneten des Landtages einhellig genehmigt. Im Mittelpunkt der Debatte zu diesem Bericht standen die zahlreichen Fragen der Abgeordneten zu den verschiedenen Ressorts. Hierbei verkündete die Regierung verschiedene interessante Neuigkeiten zu ihren kurzfristigen Vorhaben.

Alexander Batliner

Neuigkeiten konnte Regierungsrat Norbert Marxer in Bezug auf die Schulreform mitteilen. Auf die Frage des FBPL-Abgeordneten Helmut Konrad, wie es mit der Schulreform weitergehe, betonte Norbert Marxer, dass dieses Reformpaket aufgesplittet werde. Die Regierung plane, schon im September mit der Gymnasialschulreform an den Landtag zu gelangen. Hierbei solle im Speziellen die Verkürzung des Gymnasiums vorangetrieben werden. In Bezug auf die Sekundarschulreform machte Norbert Marxer darauf aufmerksam, dass die vorgeschlagene und die alte Schulstruktur vom Schulamt gegenübergestellt würden und im Lichte der Eintretensdebatte analysiert werden sollen. Diese Bearbeitung habe jedoch noch nicht begonnen, da zuerst die nötigen Protokolle der Landtagssitzung beim Schulamt eintreffen müssten.

Glücksspiele

Regierungschef Mario Frick ging auf eine Anfrage von FBPL-Fraktionssprecher Gebhard Hoch auf ein etwaiges Glücksspielgesetz ein. Hierzu habe die eingesetzte Arbeitsgruppe einen Zwischenbericht abgeliefert. Diese würde dazu tendieren, die Spielbanken zuzulassen. Die Arbeitsgruppe habe jedoch nur den Auftrag gehabt, die Problematik Spielbanken an sich zu betrachten und die andersweitigen Auswirkungen nicht zu berücksichtigen. Regierungschef Mario Frick betonte diesbezüglich, dass er persönlich nicht viel von Casinos und Spielbanken bzw. Glücksspielen in Liechtenstein halten würde. FBPL-Fraktionssprecher Gebhard Hoch machte darauf aufmerksam, dass gerade in der jetzigen Situation, wo der Finanzplatz wegen Geldwäscherei in der Kritik stehe, eine Erlaubnis von Spielbanken kontraproduktiv wäre, da gerade Spielbanken oft für Geldwäscherei benutzt würden. Regierungschef Mario Frick gab dem FBPL-Fraktionssprecher Recht und er führte aus: «Das wäre der Hammer auf das Ei». Mario Frick unterstützte auch die Forderung von Gebhard Hoch, dieser Thematik ein Ende zu setzen.



Die FBPL-Abgeordneten Alois Beck (links) und Rudolf Lampert, welche den Rechenschaftsbericht der Regierung genauestens unter die Lupe nahmen. (Bild: bak)

Zollamt Schaanwald
Eine weitere Frage betraf die Zollöff-

nungszeiten beim Zollamt Schaanwald Tisis. Hierzu betonte Regierungsrat Norbert Marxer, dass diejenigen, welche Beschwerde eingereicht hätten und bei der VBI unterlagen, die Beschwerde an den Staatsgerichtshof weiterziehen würden. Als Beschwerdeführer nannte Norbert Marxer die GWK, die Industrie- und Handelskammer, die Balzers AG, die Hüti AG und die Swarovski AG.

Regierungsrat Michael Ritter hatte Fragen zum neuen Krankenversicherungsgesetz zu beantworten. Hierbei erklärte er, dass sich rund 50 Prozent der Bevölkerung für das Hausarztssystem entschieden habe. Die Krankenkassen würden davon ausgehen, dass diese Zahl noch um einiges steigen werde. Michel Ritter nannte dies eine sehr gute Quote.

Sportgesetz

Beim Ressort Sport wollte FBPL-Fraktionssprecher Gebhard Hoch wissen, wie weit die Ausarbeitung der Verordnung zum Sportgesetz vorangekommen sei, nachdem im Winter dieses Jahres der LOSV diese Verhandlungen wegen Unstimmigkeiten mit der Regierung verlassen hatte. In Abwesenheit von Sportministerin Andrea Willi betonte Vizeregierungschef Michael Ritter, dass die Ausarbeitung zügig vorankäme und in intensiver Behandlung sei. Dies veranlasste Gebhard Hoch, das Vorgehen der Regierung heftig zu kritisieren. Zuerst sei eine Verschiebung des Traktandums nicht möglich gewesen, da die Regierung die Verordnung frühzeitig beenden wollte, und nun sei zwar das Gesetz in Kraft, aber eine Verordnung würde immer noch nicht existieren.

Ausgleichskasse, Strom und Gas auf Erfolgsstrasse

Jahresberichte von AHV-IV-FAK, Liechtensteinische Kraftwerke (LKW) und Gasversorgung genehmigt

Drei wichtige Landesinstitute haben ausgezeichnete Ergebnisse erwirtschaftet. Der positive Befund der AHV-IV-FAK, der Kraftwerke und der Gasversorgung zeige, dass im Land viele Bereiche exzellent funktionieren, kommentierte Regierungschef-Stellvertreter Michael Ritter die sehr guten Ergebnisse.

Adi Lippuner

Die Renten der Ausgleichskasse AHV sind für 14 Jahren gesichert und dies, ohne einen einzigen Franken Einnahmen zu budgetieren. Wen wundert, dass dieses europaweit wohl einzigartige Resultat die Landtagsabgeordneten zu wahren Lobeshymnen auf die Liechtensteinische Alters- und Hinterlassenenversicherung animierte. Rudolf Lampert (FBPL) wies auf den gutgefüllten AHV-Fonds hin und betonte, dass die Ausgleichskasse finanziell hervorragend dastehe. Für Hubert Sele (VU) ist es einzigartig, dass ein Sozialwerk der ersten Säule solche Zahlen vorlegen kann.

Die von Rudolf Lampert gewünschte Zusammenstellung des IV-Rentenbestandes nach Altersstufen stellte Regierungschef-Stellvertreter Michael Ritter für die Zeit kurz nach der Sommerpause in Aussicht. «Die Statistiken samt Auswertungen liegen der Regierung vor und sollen für den Landtag im Zusammenhang mit der AHV-IV-Gesetzesvorlage im Bericht und Antrag vorgelegt werden.»



Regierungschef-Stellvertreter Michael Ritter konnte sich über drei positive Jahresberichte freuen. (Bild: bak)

Das erfolgreichste Geschäftsjahr seit dem Bestehen konnte die Liechtensteinische Gasversorgung im Jahr 1999 vorlegen. Donat Oehri (VU) nannte ein paar Zahlen: Die LGV hält 34,2 Prozent am Gesamtenergieverbrauch im Land, die erreichte beim Heizanteil 45 Prozent, es wurden im Berichtsjahr 211 Neuanschlüsse realisiert und der Gesamtkundenbestand wird mit 2195 ausgewiesen. Zudem habe beim Absatz

erstmalig die 300 Millionen kwh-Grenze überschritten werden können.

Die Gasversorgung habe die Vorgaben in allen Punkten mehr als nur erfüllt. Es seien die ersten Rückzahlungen an die Gemeinden vorgenommen worden. Für die Zukunft werde überlegt, ob anstelle einer Vor-eine Mitfinanzierung der Feinverteilung durch die Gemeinden angebracht wäre.

Johannes Matt (FBPL) hat den posi-

ven Jahresbericht der Gasversorgung mit grosser Freude zur Kenntnis genommen. «Insbesondere der Cash Flow von 3,4 Millionen Franken hat mich gefreut.»

Die Anregung von Landtagspräsident Peter Wolff, dass der schon seit Jahren mitgeschleppte Verlustvortrag durch einen Forderungsverzicht abgeschrieben werden sollte, fiel bei Michael Ritter auf fruchtbaren Boden.

Der Reigen der drei «Erfolgreichen» wurde mit der Genehmigung des Jahresberichts der Kraftwerke (LKW) abgeschlossen. Für Klaus Wanger (FBPL) ist bemerkenswert, dass die LKW-Strategie vor der Strommarktliberalisierung in Europa mit den grössten Strombezüglern mehrjährige Lieferverträge abschliessen konnten. «Dadurch binden die LKW ihre wichtigsten Kunden als mehrjährige Abnehmer ein und gewähren diesen bereits heute attraktive Strompreise.»

Die Ausweise der letzten guten Jahre seien um einen weiteren ergänzt worden, sagte Otto Büchel (VU). «Die LKW haben im Berichtsjahr den höchsten Cash Flow in der Unternehmensgeschichte erzielt.»

Die Fragen von Alois Beck zur Strommarktliberalisierung wurden von Michael Ritter mit dem Hinweis beantwortet, dass Preissenkungen offiziell ab dem 1. Mai 2002 offeriert werden. Dies entspreche der EWR-rechtlichen Übergangsfrist. Der Fahrplan der Schweiz sei noch unklar, habe aber nicht rechtlich, dafür aber faktisch Auswirkungen auf unser Land.

GESTERN IM LANDTAG

HEUTE IM LANDTAG

